Ferien statt Jobs?

Am 11. März stimmen wir über die Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle» ab. Eine verheissungsvolle Initiative – würde doch jeder gerne mehr Ferien haben. Aus wirtschaftlicher Sicht können wir uns eine Erhöhung der Mindestferiendauer von vier auf sechs Wochen aber schlicht nicht leisten. Wir kämpfen derzeit bereits an alle Fronten, um international wettbewerbsfähig zu sein. Allein schon dieser Sachverhalt rechtfertigte eine Ablehnung der Abstimmungsvorlage.

Es gibt aber noch weitere gewichtige Gründe: So erhöhen mehr Ferientage (bei gleichem Lohn) die betrieblichen Kosten. Mehr Ferien sorgen zudem vor allem bei KMU für teure innerbetriebliche Personal- und Stellvertreterprobleme. Die Mindestforderung nach sechs Wochen Ferien soll im Weiteren in der Bundesverfassung verankert werden. Freie, sozialpartnerschaftliche Lösungen werden so verunmöglicht. Letztlich gefährden die zehn weiteren Ferientage aber vor allem zahlreiche Jobs.

Die Initiative ist deshalb vorbehaltlos abzulehnen. Es darf nicht sein, dass wir unseren Wohlstand durch eine überzogene Forderung infrage stellen. Deshalb ist es wichtig, dass die Leader der Wirtschaft dieses Thema in ihren Unternehmen ansprechen und ihren Beschäftigten aufzeigen, was für negative Folgen eine Annahme der Initiative hätte.

Dr. Sven Bradke
Wirtschafts- und Kommunikationsberater
Geschäftsführer Mediapolis AG, St. Gallen